



SPD-Kreistagsfraktion, Reeser Landstr. 31, 46483 Wesel

0281/207-2006
spd-fraktion@kreis-wesel.de
Wesel, im März 2022/new

Haushaltsrede der SPD KTF Wesel 2022/23

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum vorliegenden Haushaltsentwurf sind aus Sicht der SPD Kreistagsfraktion einige Ausführungen zu machen.

Zuerst jedoch einige Anmerkungen zur Politik der Jamaika-Fraktionen sowie zur Arbeit des Landrates.

Ein Blick auf die politische Lage im Kreistag Wesel:

Die Kooperation aus CDU und Bündnis 90-Die Grünen, verstärkt durch den Vertreter der FWG, stellt weiterhin die sog. Gestaltungsmehrheit im Kreistag. Wobei, mit Verlaub gesagt, „DURCHSETZUNGS-Mehrheit“ oder „ABBLOCKUNGS-Mehrheit“ die treffenderen Bezeichnungen wären.

Die FDP scheint sich - dem Vernehmen nach - dem Bündnis nicht mehr zugehörig zu fühlen.

Die SPD Fraktion, verstärkt durch das KT-Mitglied Richard Kraschinski, ist die stärkste Oppositionsfraktion im Kreistag. Wir bringen uns, neben der Wahrnehmung unserer Kontrollfunktion mit Blick auf den Landrat, so aktiv in das politische Geschehen ein.

In den wichtigen Kernbereichen Soziales, Wirtschaft, Bildung, Arbeitsmarkt, Mobilität, Digitales, Klima- und Umweltschutz sowie Kultur wollen wir für die Menschen im Kreis mehr erreichen und die Zukunft mitgestalten. So setzen wir in den Fachausschüssen Akzente mit gut durchdachten und begründeten Beiträgen, Anfragen und Anträgen.

Geradezu reflexartig werden jedoch von CDU und von den Grünen nahezu alle Anträge, die von der SPD Fraktion eingebracht werden, abgeblockt und niedergestimmt. Dabei ist auffällig, dass seitens der Kooperation die inhaltliche Auseinandersetzung in den Fachausschüssen oft gemieden wird, insbesondere jetzt bei den Beratungen zum Haushalt. Es wird also nicht selten „geschoben“; zumal, wenn sich andeutet, dass sich CDU und die Grünen nicht einig sind. Spätestens im Kreisausschuss und im Kreistag haben dann die Kooperationsfraktionen ihre Reihen

wieder geschlossen und treten als Block auf. Dieses verordnete „Einnorden“ dient nicht der Sache und lässt auf eine Wagenburgmentalität von CDU und den Grünen schließen.

Fast alle zielführenden, konstruktiven und wohlbegründeten Anträge werden spätestens im Kreisausschuss und im Kreistag niedergestimmt. Dadurch will der Schwarz/Grüne Mehrheitsblock - in der Regel mit Unterstützung der FDP und der AfD - seine Machtposition unter Beweis stellen.

Was für ein antiquiertes Politikverständnis!

Die Zusammenarbeit der SPD Fraktion mit allen demokratischen Fraktionen im Kreistag wird von uns gleichwohl angeboten und angestrebt. Dem plumpen Blockdenken und -handeln der jetzt noch vorhandenen Rest-Kooperation erteilen wir eine Absage.

Von der Aussage von Herrn Brohl kurz nach seiner Wahl zum Landrat, er wolle mit allen Fraktionen im Kreistag zusammenarbeiten, den Dialog fördern und den „Wettstreit der besten Ideen“ ermöglichen, die sich dann durchsetzen sollten, war nichts zu sehen, ist nichts zu sehen und wird vermutlich auch zukünftig nichts zu sehen sein.

Wir erleben eine rückwärtsgewandte Politik des Mehrheitsblocks mit Unterstützung des Landrates, die zukünftigen Anforderungen nicht entspricht.

Die Kooperation hat sich sogar dazu hinreißen lassen, einen überstürzten, unüberlegten und rückwärts gewandten Austrittsantrag aus dem Regionalverband zu stellen.

Ich bin froh, stolz und erleichtert, dass dieser Sündenfall vorhin verhindert werden konnte.

Und ich bin sicher, dass nicht wenige in der Kooperation auch aufatmen.

Die weitere Aufzählung spare ich mir. In den anzusprechenden Themen, die in den Tagesordnungspunkten heute folgen, nehmen wir dazu Stellung.

Nun zum Haushalt 2022/2023

Vorab: Für die Aufstellung des Doppelhaushalts 2022 und 2023 sagen wir Kreiskämmerer Herr Borkes und seinen Mitarbeiter:innen ganz herzlichen Dank. Ich bedanke mich besonders für Ihre Bereitschaft, Herr Borkes, dass Sie uns in unserer Haushaltsklausur offen und konstruktiv zur Verfügung gestanden haben.

In Struktur und Ausrichtung ist der Haushalt solide und robust und folgt somit den bewährten Vorgängerhaushalten.

Auch wenn der Hebesatz mit 36,4 % nominal konstant gehalten wird, bedeutet dies eine überproportionale Aufwandsteigerung für die Städte und Gemeinden. Dazu kommt noch die wieder eingeführte ÖPNV Umlage. Die gestiegenen Umlagedaten der Gemeinden und Städte lassen die Zahllast gegenüber dem Kreis steigen, auch wenn die Kreisumlage konstant bleibt.

Die intensiven Bemühungen der Kommunen, strukturell ausgeglichene Haushalte sicherzustellen, werden so deutlich erschwert. Dazu muss eingeräumt werden, dass vor dem Hintergrund der krisenhaften Zeiten, in denen wir uns befinden, zukünftig weitere erhebliche Aufwände für die Städte und Gemeinden zu erwarten sind.

Ob diese dann jeweils vollständig vom Bund und vom Land finanziell kompensiert werden, bleibt abzuwarten. Durch Überschüsse aus dem Jahr 2020 konnte die Ausgleichsrücklage des Kreises Wesel auf über 38 Mio. EUR anwachsen. Angesichts der zunehmenden finanziellen Risiken für die Kreiskommunen muss die Ausgleichsrücklage zur Entlastung der Kreisumlage genutzt werden.

Wir wollen, dass die Höhe der Kreisumlage verstetigt wird und für die kreisangehörigen Kommunen mittelfristig verträglicher ausfällt. Die bereits erfolgten Entlastungen durch die erhöhte anteilige Kostenübernahme der Kosten der Unterkunft (KdU) durch den Bund sind bislang offenbar in die Ausgleichsrücklage geflossen. Eine Entlastung der Städte und Gemeinden im Kreis Wesel ist ausgeblieben. Damit wird die eigentliche Zielsetzung des Bundes, durch eine erhöhte Beteiligung an den KdU-Kosten die Kommunen zu entlasten, vom Kreis Wesel unterlaufen.

Es wird beabsichtigt, die infolge der Corona-Pandemie deutlich angewachsene Deckungslücke der NIAG in Form einer ÖPNV- Umlage auf die kreisangehörigen Kommunen zu übertragen.

Neben der komplizierten, schwer nachvollziehbaren und ungerechten Berechnung stellt sich die Frage, warum die NIAG nicht zumindest einen Großteil der Mehrbelastung aus Ihren eigenen Rücklagen deckt. Hier muss der private Mehrheits-Gesellschafter Rhenus mit in die Pflicht genommen werden.

Die Wiedereinführung einer ÖPNV-Umlage ist weder mit Verbesserungen in der ÖPNV-Versorgung für die Städte und Gemeinden, noch mit Maßnahmen zur Umrüstung auf eine CO₂- neutrale Busflotte verbunden. Es ist daher zu vermeiden, dass der Einstieg in diese zusätzliche Umlage mit weiteren Steigerungen in zukünftigen Jahren verbunden sein wird.

Darüber hinaus lehnt die SPD Fraktion die differenzierte ÖPNV- Umlage in der vorgesehenen Form ab. Es kann nicht sein, dass einerseits die Stadt Dinslaken die Kosten für die Straßenbahnlinie 903 allein tragen soll und andererseits die Schnellbuslinien aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden. Hier ergeben sich Ungerechtigkeiten bei der ÖPNV-Umlage, die zudem willkürlich rein nach km-Leistungen berechnet wird und so nicht den örtlichen Erfordernissen folgt.

Die Personalaufwendungen sollen planmäßig im Jahr 2022 um rd. 6,6 % (5,7 Mio. EUR) ansteigen, unter anderem durch eine Ausweitung des Stellenplans um 25 Stellen. Im Jahr 2023 sind weitere 1,7 Mio. EUR., u.a. für nochmals sechs Stellen zusätzlich vorgesehen.

Insgesamt steigt der Personalaufwand somit in zwei Jahren um 8,6 %. Wir hoffen, dass damit das Service- und Leistungsvermögen des Kreises gestärkt wird. Personalengpässe bei zusätzlichen Arbeitsanfällen dürften so aufgefangen werden, z.B. bei der Pandemiebekämpfung sowie bei der großen Herausforderung, die zusätzlich zu erwartenden Flüchtlinge aufzunehmen.

Die enormen Investitionen im Bildungsbereich, hier seien vor allem die Neubauten des Berufskolleg-Campus in Moers, des Berufsschulzentrums Dinslaken sowie die Modernisierung des Berufsschulzentrums Wesel genannt, tragen wir selbstverständlich mit. Der teilweise Wegfall von eingeplanten Fördermitteln sowie die bauseitig sprunghaften Kostensteigerungen sind äußerst ärgerlich und lassen die Investitionssummen deutlich steigen. Es zeigt sich aber keine Alternative. Da müssen wir durch, auch wenn die Kreiskasse dadurch langfristig zusätzlich belastet wird.

Vor allem im Bau- und im Gesundheitsbereich ist den Mitarbeiter:innen des Kreises aktuell viel abverlangt worden. Die Pandemie und die Bau-Großprojekte waren und sind bei gegebenem Personal zu stemmen. Für den Einsatz der Mitarbeiter:innen sage ich an dieser Stelle herzlichen Dank. Der herzliche Dank gilt selbstverständlich auch allen anderen Bediensteten des Kreises.

Stellenplan, Kreisumlage und Haushalt 2022/2023

Dem Stellenplan im Doppelhaushalt 2022/23 des Kreises Wesel stimmt die SPD Fraktion nach gründlicher Abwägung zu. Den Jugendamtsumlagen i.H.v. 23,65 % für 2022 und i.H.v. 25,26 % für 2023 stimmt die SPD Fraktion ebenfalls nach gründlicher Abwägung zu. Dabei geht unser Appell an die Landesregierung NRW, die Betreuungskosten von 0 bis 6 Jahren vollständig zu übernehmen. Das würde alle Gemeinden und Städte erheblich entlasten.

Den Umlagesätzen des Kreises Wesel i.H.v. 36,2 % für 2022 und i.H.v. 36,4 % für 2023 stimmt die SPD Fraktion ebenfalls nach gründlicher Abwägung zu.

Der differenzierten ÖPNV Umlage können wir in der Form nicht zustimmen.

Wir bitten deshalb die Punkte a) bis d) des § 5 der Haushaltssatzung für 2022 und 2023 getrennt abstimmen zu lassen und anschließend über die Haushaltssatzung gesamt abstimmen zu lassen.

Mit erheblichen Bedenken wird die SPD Fraktion dem Haushalt 2022/23 des Kreises Wesel nach gründlicher Abwägung am Ende zustimmen.

Und das, trotz der sachlich nicht nachvollziehbaren Ablehnung einzelner Zuschussanträge und begründeter Anträge unserer Fraktion.

Es ist uns wichtig, mit unserem Beitrag die Handlungsfähigkeit der Verwaltung zu gewährleisten.

Herzlichen Dank.

Wesel, 31. März 2022 Gerd Drüten



- Vorsitzender -